

Freidenker

zwischen Rhein und Saar

Mitteilungsblatt

des Landsverbandes Rheinland-Pfalz / Saarland



aus dem offenen Brief des Internationalen Versöhnungsbundes - Deutscher Zweig
Juni 2012

Sehr geehrter Herr Bundespräsident Gauck,

Nach den neuen „Verteidigungspolitischen Richtlinien“ des Verteidigungsministers de Maizière gehört die Rohstoffabsicherung zu den „nationalen Interessen“. Es geht also nicht um die von Ihnen beschworene Freiheit, oder bedeutet Freiheit nach Ihrem Verständnis, dass die Bundesrepublik wie andere Industriestaaten die Freiheit hat, die ZweiDrittel-Welt auszuplündern?

-----**Heft 4 / 2012**-----

Verantw. f. d. Inhalt: DVF-RPS,

E-Mail: dfv-rps@t-online.de

Karin Gottlieb, Frinkenstr. 9, 55743 Idar-Oberstein, Tel: 06781/1685

Rainer Dörrenbecher, Adlersbergstr. 39, 66540 Neunkirchen, Tel: 06821/52439

Bankverbindung: KSK Birkenfeld Kt. Nr. 61255BLZ 56250030

Liebe Freidenker Genossinnen und Genossen,
Liebe Freundinnen und Freunde!

Schon wieder geht ein Jahr zu Ende. Ein Jahr von dem man nicht im Entferntesten sagen könnte, dass sich in irgendeiner Weise etwas Positives für die arbeitenden Menschen verändert hätte.

In unserer reichen Bundesrepublik leben immer mehr Menschen in Armut, mit prekären Beschäftigungsverhältnissen, Billiglöhnen, Harz IV und 400.- Euro Jobs. Ein Leben in Altersarmut ist geradezu vorprogrammiert. Die Erkenntnis, dass eine Umverteilung von Oben nach Unten durchgesetzt werden muss, ist leider bei der breiten Mehrheit der Bevölkerung noch nicht angekommen. Die Proteste zur Durchsetzung sozialer und demokratischer Rechte sind zwar vorhanden, aber noch zu schwach, um einen Politikwechsel herbeizuführen.

Hier wird auch der Nährboden für den immer stärker werdenden Rechtsradikalismus geschaffen. Die Neonazis veranstalten Aufmärsche und werden von der Polizei geschützt gegen antifaschistische Gegendemonstranten. Beim Verfassungsschutz verschwinden Beweismaterialien nazistischer Ausschreitungen und Gewalttaten, einschließlich Mord. Wir müssen einem Verbot der Naziorganisationen und Parteien stärker Nachdruck verleihen. Dem Schwur von Buchenwald „Nie wieder Faschismus, Nie wieder Krieg“, sollten wir uns als Freidenker und Antifaschisten verpflichtet fühlen.

Antifaschismus und die Erhaltung des Friedens. Beides sind brisante Themen die auf der Tagesordnung stehen. Die Umstrukturierung der Bundeswehr bedeutet Perfektionierung für den Einsatz im Ausland und neuerdings auch für den Einsatz im Inneren unseres Landes. Wenn sich die sozialen Unruhen verstärken und es zu Massenprotesten kommen wird, dann Gute Nacht Freunde. Inzwischen ist es an der Tagesordnung, dass die Bundeswehr in Schulen für den Dienst mit der Waffe offen werben kann, Schulkinder werden in Panzer gesetzt, fotografiert und in den Medien zur Schau gestellt. Der Kriegsdienst soll unseren Kindern schmachhaft gemacht werden. Dagegen müssen wir uns zur Wehr setzen, Genossinnen und Genossen.

Im Weltgeschehen befindet sich die Türkei in einem unerklärten Krieg gegen sein Nachbarland Syrien. Flugabwehrraketen warten darauf über die Grenze nach Syrien geschaltet um gegen die Regierung in Damaskus eingesetzt zu werden. Es geht aber nicht nur gegen Syrien. Auch der Irak ist bedroht. Die türkischen Militärs führen dort Krieg gegen die kurdische PKK. Ein kurdisch-autonomes Gebiet in Syrien will Ankara um jeden Preis verhindern. Die Feuerwerker für einen Krieg von Syrien bis zum Iran sitzen in Washington, Israel, London, Paris und Berlin. Die Zündschnüre sind gelegt. Ein Funke oder ein Befehl

genügen. Merkel, Westerwelle und Co. werden treu hinter den Brandstiftern stehen. Dessen kann man versichert sein.

Liebe Genossinnen und Genossen, Freundinnen und Freunde. Ich könnte diese Liste weiterführen. Es ist nur der Ansatz dessen was mir große Sorge bereitet. Da können wir Freidenker und Freidenkerinnen nicht abseits stehen und müssen uns auch einmischen.

Für das erste Halbjahr 2013 an denen die Termine schon feststehen weise ich auf die Ostermärsche hin, an denen wir teilnehmen sollten. Das Wochenende in Heideruh vom 26.-28. April mit dem Besuch der Ernst Thälmann Gedenkstätte. Ich werde mich dort beteiligen, fahre mit dem PKW und habe noch drei Plätze frei. Wir werden auch in diesem Jahr wieder einen Linken Liedersommer auf der Burg Waldeck durchführen, vom 21. - 23. Juni. Der Termin unserer Jahresversammlung 2013 ist noch nicht festgelegt. Hierzu wird wie üblich eine Einladung zugeschickt.

Ich wünsche Euch entspannte Feiertage
Und ein glückliches zufriedenes Jahr 2013

Karin Gottlieb

Erhöhung des Mitgliedsbeitrages

Beim Verbandstag des DFV am 2./3.Juni 2012 wurde eine neue Beitragsordnung beschlossen, die ab dem 01.01.2013 in Kraft tritt. Mit ihr wird der Mindestbeitrag auf 5 Euro monatlich erhöht und der jährliche Beitragsanteil des Vorstandes auf 24 € festgesetzt. Im Verbandsheft 2-12 ist auf Seite 39 kurz informiert.

Ab Januar 2013 beträgt der jährliche Mindestbeitrag somit 60.-Euro. Der Familienbeitrag wird von 70.- auf 82.-€ erhöht und der Sozialbeitrag von 24.- auf 30.-€. Genossinnen und Genossen die ohnehin einen höheren Beitrag zahlen sind von der Erhöhung nicht betroffen. Eine zeitweilige oder ständige freiwillige Erhöhung des Beitrages steht allen Mitgliedern offen. Fördernde Mitglieder bestimmen die Höhe ihres Beitrages selbst.

Trotz sparsamen Wirtschaftens ist eine Erhöhung des Mitgliedsbeitrages für die Fortführung der Arbeit des Gesamtverbandes notwendig. Insbesondere die Kosten für den Druck und die Auslieferung des "Freidenker"-Heftes sowie für die zweimal jährlich stattfindenden Vorstandssitzungen sind gestiegen. Wir möchten jedoch darauf hinweisen, dass Mitglieder bei Bedarf den Sozialbeitrag in Anspruch nehmen können. Wir bitten alle, die dies betrifft, sich mit Karin Gottlieb in Verbindung zu setzen. Bei Abbuchungen geänderte Kontonummern bitte bis Ende Dezember an Karin Gottlieb weitergeben. Das Vereinsorgan "Freidenker" und sonstige Mitteilungen sind im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Religionsunterricht: Bischöfe wollen Offensive

Die deutschen Bischöfe sorgen sich sehr um „eine wachsende Religionsferne der Gesellschaft“ meldet die Katholische Nachrichtenagentur (kna), veröffentlicht in der Saarbrücker Zeitung 27.Sept. Selbstverständlich stellen die Oberen der Kurie nicht ihre Religion an sich in Frage, die ja nichts anderes ist, als falsches Bewusstsein. Auch lassen sie nicht die Einsicht erkennen, ob nicht etwa gesellschaftliche Werte des Katholizismus Ursache schwindenden Einflusses sind. Werte, die sich mehr an mittelalterlichen Vorstellungen, als an der Erklärung der Menschenrechte orientieren. Nichts ist in der Meldung zu erfahren über Auswirkungen der Missbrauch-Skandale bei Minderjährigen, der anhaltenden Frauen-Ermiedrigung und der Sexualfeindlichkeit des Katholizismus im Bewusstsein der Menschen.

Nun ist es nicht die Angelegenheit von Freidenkern sich um die religiösen Nöte der katholischen Kurie zu sorgen. Unsere Angelegenheit aber ist der Vorschlag der Bischöfe zur Lösung ihrer Probleme. Sie „wollen die Qualität des konfessionellen Religionsunterrichts stärken und sich für seinen Erhalt politisch stark machen.“ Damit nicht genug „soll die Seelsorge an Schulen ausgebaut werden. ... Der Religionsunterricht sei der Ort, an dem sich Schüler über viele Jahre mit den Grundfragen des Lebens auseinandersetzen könnten.“

Dass die Bischöfe eine ideologische Offensive starten wollen, sei ihnen unbenommen. Dass sie dazu die Schulen missbrauchen wollen, entspricht zwar ihrem Verständnis der „Trennung von Staat und Kirche“, widerspricht aber dem Verständnis eines säkularen Staatswesens. Kinder und Jugendliche sollen in staatlichen Einrichtungen noch intensiver religiös indoktriniert werden – als Pflichtfach, versteht sich.

Die Zivilgesellschaft Deutschlands allerdings ist der Erklärung der Menschenrechte verpflichtet; diese sind in der Verfassung (Grundgesetz) festgeschrieben. Wenn zugleich Religionsunterricht in öffentlichen Schulen als Pflichtfach erteilt wird, befindet sich diese Gesellschaft mit sich selbst im Widerspruch.

„Die Verwirklichung der Trennung von Staat und Kirche ist eine demokratische Selbstverständlichkeit, die sich zwingend aus der verfassungsmäßigen Neutralität des Staates in Religions- und Weltanschauungsfragen ergibt.“

Das bedeutet für Schule und Bildung:

- dass „Missionierung und Glaubensunterweisung nicht auf Kosten aller Steuerzahler stattfinden“ darf,
- dass „Verfassungs- und gesetzliche Bestimmungen, die Religionsunterricht als ordentliches Lehrfach ... garantieren, aufzuheben sind“,

(Fortsetzung nächste Seite)

- und dass in der Schule auf Grundlage der Menschenrechtskonvention der Vereinten Nationen „über Geschichte und Inhalte von Religionen und philoso-



phische Richtungen informiert, und so die mündige und eigenverantwortliche Orientierung ermöglicht und befördert wird.“ (alle Zitate aus „Berliner Erklärung“)

Gerade mit dieser letzten Forderung könnte auch dem Anliegen der Bischöfe entsprochen werden,

dass „sich Schüler über viele Jahre mit den Grundfragen des Lebens auseinandersetzen könnten“ – allerdings auf wissenschaftlicher Grundlage.

Der Landesvorstand hat in einem Schreiben Anfang Nov. an die Kultusministerien von Rheinland-Pfalz und dem Saarland gefordert, dem Druck der Bischöfe nicht nachzugeben. Bisher gab es noch keine Antwort.

Inzwischen hat auch die Herbstversammlung der evangelischen Bischöfe die gleiche Forderung nach Ausweitung und Intensivierung des Religionsunterrichts erhoben - mit den gleichen Begründungen.

Rainer Dörrenbecher

Wochenendseminar des Freidenkerverbandes im Weingut Eicher

Der Krieg gegen Syrien und der 3. Weltkrieg

Referent: Joachim Guilliard – Publizist, Heidelberg,
Forum gegen Militarismus und Krieg - für eine solidarische Welt

Beim diesjährigen Seminar der beiden DFV-Landesverbände Hessen und Rheinland-Pfalz/Saar im Weingut Eicher vom 19.-21. Okt. trafen sich 36 Teilnehmerinnen und Teilnehmer. Sie kamen aus Idar-Oberstein, Worms, Bad Kreuznach, Offenbach, Frankfurt, Bonn, Münster, ... Es war schön, sich bei sonnigem Herbstwetter mal wieder in der vertrauten Umgebung des Weinguts von Hermann und im Haus von Ernst und Helga Eicher zu treffen.

(Fortsetzung nächste Seite)

Joachim Guilliard informierte darüber, wie NATO-Staaten und Golfmonarchien die gewaltsame Destabilisierung Syriens betreiben. Wir diskutierten die Auswirkungen auf die syrische Bevölkerung und die Einordnung dieses Krieges



in die imperialistische Neuordnung des Nahen und Mittleren Ostens und Nordafrikas. Am Sonntagvormittag beschäftigten uns besonders die Reaktionen innerhalb der Friedensbewegung. Es wurde angeregt, eine Petition an den Bundestag zu initiieren und darin die Beteiligung Deutschlands bei der Androhung eines Angriffskriegs sowie der Beteiligung an einem Aggressionsverbrechen zu verurteilen.

Monika Krotter-Hartmann

Im Verbandsheft 3-12 ist ein interessanter Artikel von J.Guilliard veröffentlicht: „**Syrien – das falsche Spiel des Westens**“ Darin weist der Autor nach, dass und wie die vorherrschenden Politiker und Medien der imperialist. (westlichen) Länder eine politische und Medien-Kampagne gegen die syrische Regierung führen. Zugleich werden die Verbrechen der Aufständischen verschwiegen oder den Assad-Truppen untergeschoben.

Buchvorstellungen:

"Irrtum unser. Oder wie Glaube verstockt macht"

von Peter Henkel, Tectum – Verlag, 2012

Für Henkel "ist die Sache ganz einfach: So etwas wie Gott existiert nicht. So etwas wie Gott gibt es nur als Gedachtes, als Eingebildetes in den Köpfen von Menschen" (Vorwort, S. 9). Wie Richard Dawkins ("Der Gotteswahn"), Michael Schmidt-Salomon, Franz Buggle oder Joachim Kahl rechnet Henkel zu den konsequenten Religionskritikern - im Unterschied zu manchen Zeitgenossen, die die eine oder andere Aussage der Kirche komisch finden (wie Jungfrauengeburt, leibliche Auffahrt in den Himmel etc.): Geschichten, die auch Theologinnen wie Uta Ranke-Heinemann als "verstandesfeindliche Märchen" abkanzeln. Henkel hingegen hält das Glauben an ein "höheres Wesen" grundsätzlich für eine "Torheit" - und analysiert, was Menschen zum Glauben an Götter verleitet, was sie sich von ihnen versprechen.

"Aus der betrüblichen Erfahrung, dass ein ernsthafter Dialog über den Kern des Gottesglaubens mit den Amtsträgern fast nie zugelassen wird, zieht P. Henkel die Konsequenz - und richtet sein Augenmerk vornehmlich auf die verstockten

Anhänger. Auf ihre Verweigerungen und Ausweichmanöver, auf ihren Hang zum Ausblenden des Unbequemen, auf eine Motivation zum Wunsch- und Nützlichkeitsdenken. Oder darauf, wie beispielsweise Margot Käßmann sich schwärmend verirrt und sie und andere Theologen Ressentiments gegen die Vernunft schüren. Und welche fatalen Parallelen zwischen Religion und z.B. Astrologie bestehen." ([Tectum Verlag](#)).

Wobei Henkel den Dialog mit Gläubigen führt: zeitgleich erscheint sein Briefwechsel mit Norbert Blüm "Streit über Gott. Ein Gespräch unter Gegnern". Henkel (Jg. 1942) studierte Germanistik und Philosophie und arbeitete dann als Journalist, u.a. fast drei Jahrzehnte für die Frankfurter Rundschau. Er veröffentlichte verschiedene Bücher, darunter "Ach, der Himmel ist leer" (2009).

Quelle: Information der Humanistischen Union

Im Schatten des Kreuzes

Der Einfluss der Kirche auf Staat und Gesellschaft

von Alfred Kosing, verlag am park, 2010

Im Buchklappentext schreibt der Verlag „In Deutschland entrichtet jeder Bürger, der Steuern zahlt, auch Kirchensteuer, selbst wenn er – wie etwa 70% der Deutschen – keiner Kirche angehört.“ Auch mit dem Untertitel „der Einfluss der Kirche“ erweckt der Verlag den Eindruck, es gehe in dem Buch hauptsächlich um diesen gegenwärtigen Einfluss der Staatskirchen. Dem ist nicht so. Schade, dass selbst Verlage, die populärwissenschaftliche Arbeiten veröffentlichen, zu Tendenzinformationen greifen.

A.Kosing hat aber eine Streitschrift geschrieben – in Auseinandersetzung vor allem mit Richard Schröders Buch: „Abschaffung der Religion?“ und dem guten Benedict, alias Ratzinger. Auf der Buchdeckel-Rückseite steht denn auch, worum es A. Kosing wirklich geht: „Der Philosoph A. Kosing untersucht die geistigen Grundlagen des Christentums (ausgehend vom „Alten Testament“ R.D.) und die Geschichte der Kirche, um dann nach ihrem Platz in der säkularen Gesellschaft zu fragen. Anlass ... sind die Versuche der Re theologisierung in der Politik, und die Folgen des christlichen Fundamentalismus für Staat, Kultur, Moral und Wissenschaft.“

Der Autor selbst schreibt in seinem abschließenden Kapitel: „Wie halten wir es mit der Religion? lautet der Titel dieser überwiegend polemischen Schrift, die aus aktuellem Anlass entstand, und das ist eine Frage, die jeder für sich selbst beantworten muss. Die Darlegungen versuchen durch die kritische Erörte-

(Fortsetzung nächste Seite)

„... von Grundfragen der christlichen Religion, ihrer Geschichte und ihrer vielfältigen Wirkungen in der Geschichte der Völker und Staaten Europas die Beantwortung dieser Frage zu erleichtern“

Wer dazu ein gut lesbares und verständliches Buch lesen möchte und religiös-gesellschaftliche Zusammenhänge erkennen oder vertiefen möchte, ist mit diesem Kosinggut bedient.

Der Autor Alfred Kosing war einer der führenden Philosophen der DDR, international anerkannt und ist dies auch heute noch.

Rainer Dörrenbecher

Arbeitnehmerrechte:

Diakonie betreibt Etikettenschwindel

Die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) hat die Studie der Diakonie zur Güte ihrer Arbeitsbedingungen als "untauglichen Versuch" bezeichnet, die Öffentlichkeit über "gravierende Mängel im kirchlichen Arbeitsrecht" hinwegzutäuschen. Beschäftigte in kirchlichen Einrichtungen seien Arbeitnehmer minderer Rechte. Die von kirchlichen Trägern angewendeten Arbeitsvertragsrichtlinien hätten lediglich empfehlenden Charakter, seien von den Beschäftigten nicht einklagbar, Verstöße würden nicht sanktioniert: "Was die Diakonie mit dem Begriff 'Tarifbindung' betreibt, ist Etikettenschwindel. Damit will die evangelische Kirche nur ihre willkürlichen Arbeitsrechtsregelungen salonfähig machen", kritisierte ver.di-Bundesvorstandsmitglied Ellen Paschke. "Wer 'Tarifbindung' meint, kommt um das Tarifvertragsgesetz, Koalitionsfreiheit und Streikrecht - schlicht: um demokratische Beteiligung und echte Mitbestimmung - nicht herum."

Gleichzeitig bedauerte Paschke, dass es der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) erst nach knapp einem Jahr gelungen sei, einen Teil der ihr zugeordneten Arbeitgeber dazu zu bewegen, Angaben zu den Arbeitsverhältnissen zu machen. "Ohne die bereits im Juli 2012 von der Hans-Böckler-Stiftung vorgestellte Studie über die Arbeitssituation in diakonischen Einrichtungen hätte sich wohl nichts getan", sagte Paschke weiter. Deren Ergebnisse widersprächen allerdings dem Tenor der heute vorgestellten arbeitgeberfinanzierten Auftragsarbeit ganz erheblich. Ein maßgeblicher Teil der Angaben decke sich nicht mit den Erfahrungen der Diakonie-Beschäftigten und den Beobachtungen von ver.di.

Presseerklärung ver.di Bundesvorstand 27.09.2012 Studie der Hans-Böckler-Stiftung: http://www.boeckler.de/28607_40601.htm

(aus ver.di Newsletter, Kirchen Saar 22/12)

Umfairteilen – Reichtum besteuern!

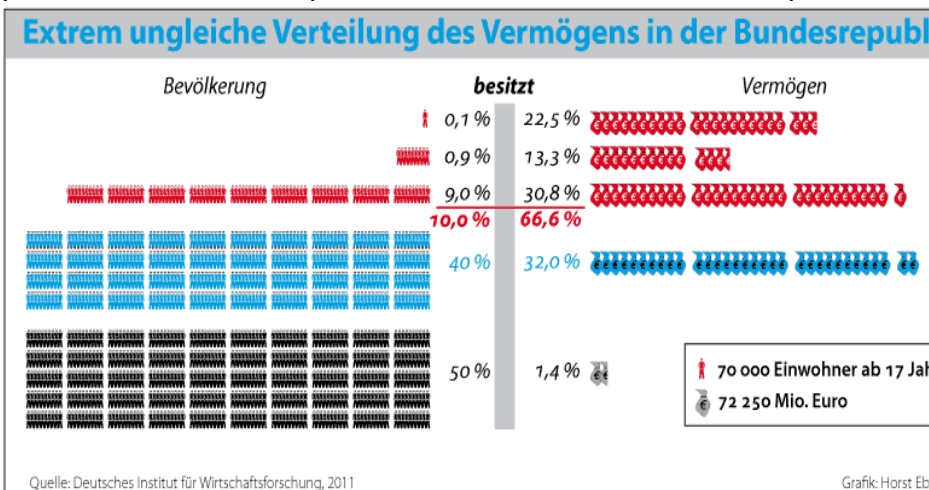
Ende September demonstrierten in vielen Städten mehrere 10-tausend Menschen für Umfairteilen, für eine Steuerpolitik zur Belastung der Reichen und für die Bekämpfung der Armut weltweit. In Saarbrücken hatten etwa 40 Organisationen zu einer Regionalaktion aufgerufen, u.a. DGB, ver.di, GEW, IGBAU, P.d. LINKE, DKP, Sozialverbände. Auch in Neunkirchen fand am Vortag eine Kundgebung statt.

Aus dem Aufruf: Das wachsende Privatvermögen der Reichen und Superreichen muss endlich wieder besteuert werden. Sie müssen dringend zur Finanzierung der notwendigen öffentlichen Ausgaben und zum Abbau der Staatsschuldung herangezogen werden.

Dazu fordern wir:

- eine dauerhafte Vermögenssteuer, sowie eine einmalige Vermögensabgabe, am besten europaweit koordiniert
- einen konsequenten Kampf gegen Steuerflucht und Steueroasen
- eine Steuer auf Finanzmarktgeschäfte, gegen die Spekulation und zur Bekämpfung der Armut, weltweit

Am 14. November dieses Jahres folgten Millionen Europäerinnen und Europäer dem Aufruf des Europäischen Gewerkschaftsbundes zum europaweiten



Streik- und Aktionstag. Erstmals nach 1945 streikten an einem Tag arbeitende Menschen in Portugal, Spanien, Italien, Griechenland und etlichen weiteren süd- und osteuropäischen Ländern. Millionen demonstrierten gegen die unerträgliche Sparpolitik. Immer deutlicher wird, dass die Arbeiterbewegung vor

(Fortsetzung nächste Seite)

entscheidenden Weichenstellungen steht. Noch sind die Signale in unserem Land widersprüchlich, dennoch wird auch bei uns deutlich, dass wir uns insgesamt in einer Umbruchsituation befinden, in einer Situation, in der sowohl ein verschärfter neoliberaler Kurs droht als auch Kräfte sichtbar werden, die sich für einen Politikwechsel zusammenschließen.

Im Verbands-Heft 3-12, Seite 13, schreibt Freidenker Stefan Eggerding u.a.: „Es ist ein großer Schritt eine »Finanztransaktionssteuer« einzurichten. Man



braucht dazu sehr viel: die Regierungen einander spinnefeind gegenüberstehender imperialistischer Staaten, ein Europaparlament etc.etc. Es ist ein Schritt in die falsche Richtung. In die Richtung der Versöhnung mit der Deutschen Bank, in die Richtung der

Täuschung und Entmutigung der Arbeiter und des Volkes, in die Richtung ihrer Entwaffnung. Es ist also ein jämmerlicher Vorschlag. Schon deshalb, weil er, wie zu zeigen sein wird, von nichts durch nichts zu nichts führen kann.“

Die Leser/Innen können in dem Artikel selbst beurteilen, ob der Autor gezeigt hat, dies sei ein „jämmerlicher Vorschlag“.

Rainer Dörrenbecher

zum Vormerken:

Linker Liedersommer 2013

auf Burg Waldeck 21. bis 23. Juni

die kulturell-politische Veranstaltung für fortschrittliche Künstler/Innen, Interessent/Innen und Mitmacher/Innen

Leserbrief von R.Dörrenbecher an die Saarbrücker Zeitung vom 14.10.; dieser wurde stark gekürzt abgedruckt.

Annahme verweigert!

Hiermit erkläre ich als Bürger der Europäischen Union und Staatsbürger der Bundesrepublik Deutschland, dass ich den Friedensnobelpreis 2012 **nicht** annehme. Die Staaten der EU, einschließlich Deutschland haben den Friedensnobelpreis nicht verdient.

Die EU insgesamt, bzw. einzelne der Mitgliedsstaaten waren und sind seit Gründung in verschiedene Kriege verwickelt. Die wichtigsten:

- 1999 war die EU im Rahmen der NATO Aggressor gegen Jugoslawien, in einem Krieg, der ausdrücklich nicht von den Vereinten Nationen (UNO) gebilligt wurde, ein Krieg der in Europa stattfand.
- 2001 wurde der Krieg der NATO gegen Afghanistan begonnen, da nach dem Terroranschlag in New York am 11. September der „Bündnisfall“ ausgerufen wurde; wieder blieb die UNO außen vor.
- 2003, im völkerrechtswidrigen Krieg der USA gegen den Irak waren mehrere Staaten der EU als Koalition der Willigen („das neue Europa“) beteiligt.
- 2011 unterstützten die Luftstreitkräfte der Internationalen Öl-Konzerne (USA, mehrere EU-Länder, vor allem Frankreich und Großbritannien) ihre verbündeten libyschen Bodentruppen um den prowestlichen Regimewechsel durchzusetzen
- und gegenwärtig wird in Syrien die gleiche Prozedur versucht; auch wenn bisher von der EU „nur“ politischer und wirtschaftlicher Druck auf die syrische Regierung ausgeübt wird und die „Freie Syrische Armee“ nur ausgerüstet, trainiert und logistisch unterstützt wird.

Dazu kommt eine Vielzahl an militärischen Operationen und Kriegeinsätzen auf dem Balkan, in und um Afrika und im Nahen Osten.

Selbst die Geschichte der Vorläuferorganisationen und die Motive deren Gründung werden verdreht. Die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (Montan Union), die Anfang der 50er Jahre gebildet wurde, hat mit der Aussöhnung zwischen Frankreich und Deutschland und einer europäischen Friedensordnung wenig zu tun. Wie der Name schon sagt, ging es um die Schaffung einer Vereinbarung, damit die westeuropäische Montan-Industrie im weltweiten Konkurrenzkampf besser bestehen könne. Die nächste Stufe war die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG). Aussöhnung, Freiheit und Frieden, das waren die Standard-Begriffe für Sonntagsgreden. Für Saarländer/Innen endete damals die Reise-Freiheit in Mettlach, Homburg und Namborn.

26. bis 28. April 2013 Bundesweites Freidenker-treffen bei den Nordlichtern in der Heide

Der Deutsche Freidenker-Verband Nord e. V. möchte zu einem Wochenende der Begegnung von Freidenkern und Freunden in das Wohn- und Ferienheim „Heideruh“ in der Nordheide einladen.

Inhaltlich gibt es Raum für ausführlichen Erfahrungsaustausch unter uns Freidenker/-innen und Freund/-innen, wir erfahren etwas über die Geschichte und die gegenwärtige Situation von Heideruh. Weiter ein Waldspaziergang zum Brunsberg, Besuch der KZ-Gedenkstätte Bergen-Belsen, Besuch des Ernst Thälmann Hauses (Hamburg-Eppendorf), Stätten des Widerstands auf dem Ohlsdorfer Friedhof in Hamburg und ein bereits gesicherter Vortrag des Literaturwissenschaftlers Dr. Wolfgang Beutin zum Thema „Grundprinzip von Deschners Kirchenkritik“ sind Angebote für alle Teilnehmer/-innen. Vorstellbar ist, dass der Spaziergang zum Brunsberg am Sonntagvormittag stattfindet. Wer sich anmeldet, sollte auch möglichst Teilnahmewünsche für die Angebote machen. Der Vortrag wird am Sonnabend um 19. 00 Uhr (nach dem Abendbrot) stattfinden. Im Anschluss bleibt dann noch Zeit für Gespräche bei Kaffee, Tee, Säften, Wein, Bier,

Der Preis pro Person (Vollverpflegung) von Freitagabend bis Sonntagmittag kostet einschließlich Kaffee und Kuchen am Sonnabendnachmittag 93 €. Wer nur teilweise teilnehmen möchte oder kann, erfährt die Kosten auf Anfrage beim DFV Nord.

Die antifaschistische Tagungsstätte ist auch mit öffentlichen Verkehrsmitteln erreichbar. Wer vor oder nach dem Wochenende noch in Heideruh sein möchte, sollte das auch mitteilen.

Anmeldungen an den DFV Nord. bis Ende des Jahres
Postfach 60 25 07, D 22235 Hamburg Tel. 040/631 62 60
E-Mail: dfv-nord@freidenker.de

Wohn- und Ferienheim „Heideruh“,
21244 Buchholz in der Nordheide, Ortsteil Seppensen

Leitspruch: Daß niemals geschehe, was gestern geschah!

Heideruh ist ein besonderer Ort: 1946 wurde diese Erholungsstätte von Antifaschisten und Antifaschistinnen für Kameradinnen und Kameraden und für Kinder, die Opfer des Faschismus waren, aufgebaut. Bis heute ist Heideruh vor allem ein Ort der Erholung und Begegnung für Antifaschisten und Antifaschistinnen – seit 1989 aus Ost und West.